Rothenburg Station macht das Rennen

Der RegioExpress hält künftig im Gewerbegebiet – und nicht im Dorf. In Emmen reagiert man konsterniert.

Stefan Dähler

Der Widerstand aus Emmen war nicht erfolgreich: Der Verbundrat des Verkehrsverbunds Luzern (VVL) hat entschieden, dass der RegioExpress zwischen Olten und Luzern per Fahrplan 2021 einen zusätzlichen Halt in Rothenburg Station einlegt. Eine Option war auch ein Halt am Bahnhof Rothenburg Dorf, der auf Emmer Boden liegt.

Das Gebiet in Rothenburg Station entwickle sich stark, zudem sei ein Neubau des Bahnhofs und des Bushubs geplant, teilt der VVL mit. Ein Halt an beiden Standorten wäre nicht möglich, weil die Einfahrtskapazität am Bahnhof Luzern ausgereizt sei und die Anschlüsse bei verschiedenen Verbindungen nicht mehr eingehalten werden könnten. Der eine zusätzliche Halt sei nur umsetzbar, weil der Zug künftig in Aarburg-Oftringen nicht mehr stoppt.

Die Haltestelle Rothenburg Station erhält eine zusätzliche Verbindung. Bild: Boris Bürgisser (26. März 2020)

In Rothenburg Dorf steigen mehr Leute ein

Der Entscheid sei definitiv, sagt VVL-Mediensprecher Romeo Degiacomi. Eine Einsprachemöglichkeit bestehe nicht und die Mitwirkungsverfahren wurden bereits durchgeführt. Der Verbundrat habe es sich nicht leicht gemacht. «Es gibt für beide Standorte gute Argumente.» So treffe es zu, dass in Rothenburg Dorf mehr Leute einsteigen als in Station. Im Jahr 2018 waren es in Dorf rund 1600 pro Werktag, in Station 1400. Das Wachstum sei in Station aber deutlich stärker, in den letzten zehn Jahren haben die Passagierzahlen um über 500 Prozent zugenommen, in Dorf war es ein Plus von 79 Prozent. «Ausschlaggebend war weiter, dass die Busverbindungen ab Rothenburg Dorf mit einem Viertelstundentakt in Richtung Luzern besser sind als ab Station, wo ein Halbstundentakt besteht», sagt Degiacomi.

Ein Ziel sei auch, die Leute, die in den Firmen rund um Rothenburg Station arbeiten, zum Umsteigen auf den ÖV zu motivieren. Um das zu überprüfen, ist während drei bis vier Jahren ein Monitoring geplant, so Degiacomi. Sollte der erwünschte Effekt nicht erreicht werden, müsse man den Halt in Rothenburg Station neu beurteilen, schreibt der VVL.

Dem Entscheid gingen lange Diskussionen voraus. In der Vernehmlassung sprachen sich die Gemeinde Rothenburg und der Kanton Luzern für einen Halt in Station aus, die Gemeinde Emmen für Dorf. Letzten Sommer gab der VVL bekannt, dass er den Halt in Station befürwortet. Danach kam es in Emmen zu mehreren politischen Vorstössen sowie einer Petition, auch der Gemeinderat wandte sich an den VVL. Die Argumente: Die bauliche Entwicklung in Rothenburg Station werde erst 2040 abgeschlossen sein. In Dorf ist das Passagieraufkommen höher. Zudem sei zu erwarten, dass die dorthin verkehrenden Busse aufgrund der Baustellen für die Projekte Bypass und Autobahnanschluss Emmen Nord im Stau stehen werden (Ausgabe vom 29. August 2019).

Dazu sagt Degiacomi: «Wir sind uns bewusst, dass es Einschränkungen geben wird. Wir erarbeiten darum derzeit gemeinsam mit dem Bund und dem Kanton Busbevorzugungs-Massnahmen, damit der ÖV trotzdem gut vorankommt.»

Ärger in Emmen, Freude in Rothenburg

Der Emmer CVP-Einwohnerrat Christian Meister, der mit weiteren Personen die Petition für den Halt in Rothenburg Dorf initiiert hat, sagt: «Wir sind vom Entscheid des VVL konsterniert. Es geht gar nicht um den besten Nutzen für die Fahrgäste, sondern offenbar darum, den neuen Bahnhof besser auszulasten.» Dass die Zugverbindungen ab Dorf trotz grösserer Nachfrage nicht ausgebaut werden, stösst bei ihm auf Unverständnis. «Wir werden nun prüfen, ob es allenfalls noch eine Möglichkeit gibt, sich gegen den Entscheid zu wehren.» Der Emmer Gemeinderat nimmt diesen «mit Enttäuschung zur Kenntnis», sagt Baudirektor Josef Schmidli (CVP) in einer ersten Stellungnahme. Man werde das nun analysieren und behalte sich allenfalls weitere Schritte vor.

Bei der Gemeinde Rothenburg ist man dagegen erfreut. Geschäftsführer Philipp Rölli sagt: «Mit Blick auf die Entwicklung in Rothenburg Station ist das der richtige Entscheid.» Er betont, dass die Gemeinde nicht gegen einen Halt in Rothenburg Dorf ist. «Am liebsten wäre uns, wenn der RegioExpress an beiden Orten hält, das ist aber leider nicht möglich.»

Der Kritik, dass die Entwicklung in Rothenburg Station erst 2040 abgeschlossen sein wird, entgegnet Rölli: «Der Prozess läuft bereits. Seit der Eröffnung des Autobahnanschlusses 2011 hat sich das Gebiet schon enorm entwickelt.» So seien etwa Firmen wie Ikea, Frey + Cie, Glas Reinhard oder Opacc dorthin gezogen, weiter plant der Kanton bis 2028 ein neues Sicherheitszentrum. «Auch aus überregionaler Sicht ist Rothenburg Station ein bedeutender Umsteigeknoten.» Etwa aus der Richtung Ruswil-Buttisholz (Rottal) oder Neuenkirch. «Zudem ist der RegioExpress-Halt auch ein entscheidendes Element beim aktuellen Grossprojekt ‹Umbau Bahnhof Rothenburg Station›, welches durch SBB, Kanton und Gemeinde vorangetrieben wird», so Rölli.

Es gilt wieder Leinenpflicht

Kanton Luzern Im Wald und näher als 50 Meter zum Waldrand gilt im Kanton Luzern vom 1. April bis 31. Juli 2020 wieder Leinenpflicht für Hunde. Damit sollen junge Wildtiere und brütende Vögel geschützt werden. Besonders gefährdet sind trächtige Rehe und ihre frisch gesetzten Kitze, junge Feldhasen, Füchse oder Dachse sowie am Boden brütende Vögel und ihre Gelege. Hundehalter, welche die Leinenpflicht missachten, riskieren eine Busse in der Höhe von 100 Franken, teilt die Dienststelle Landwirtschaft und Wald mit.

In Wildtier- und Naturschutzgebieten gilt die Leinenpflicht über das ganze Jahr. So im eidgenössischen Jagdbanngebiet Tannhorn, im Wasser- und Zugvogelreservat von nationaler Bedeutung Wauwilermoos sowie in allen Naturschutzgebieten. Widerhandlungen gegen die Leinenpflicht in Schutzgebieten können mit dem revidierten Bundesrecht seit dem 1. Januar 2020 ebenfalls geahndet werden. Die Busse bei Missachtung des Leinenzwangs in Wildtier- und Naturschutzgebieten beträgt 150 Franken. *(sb)*

Neue Polizeistrukturen: Verantwortliche warten ab

Im Kampf gegen Cybercrime muss sich die Polizei neu organisieren. Die Polizeidirektorenkonferenz bremst.

Selten hat ein Beitrag eines Polizeikommandanten in einem Jahresbericht solche Sprengkraft gehabt wie jener von Adi Achermann. Um der Internetkriminalität Herr zu werden, müssten die Polizeistrukturen in der ganzen Schweiz überdacht werden. «Wir leben mit 26 Kantons- und über 70 Gemeindepolizeien in Strukturen, die angesichts der heutigen Anforderungen als ‹organisatorische Zersplitterung› bezeichnet werden müssen», schrieb der Luzerner Polizeichef. Es dränge sich in Zukunft auf, noch mehr zu kooperieren, dabei dürften auch weitere Fusionen, namentlich von Gemeindepolizeien, kein Tabuthema sein (Ausgabe von gestern).

Achermanns Forderung nach einfacheren Strukturen ist laut Reto Fanger richtig. Fanger ist Rechtsanwalt, Mitgründer der Swiss Business Protection AG, eines Kompetenzzentrums zum Schutz gegen Internetkriminalität, und ehemaliger Datenschützer des Kantons Luzern. «Eine enge Zusammenarbeit der Strafverfolgungsbehörden bei Cybercrime ist zentral», sagt Fanger. «Die jetzigen Strukturen der Polizeikorps machen diese Zusammenarbeit aber schwierig.» Wichtig sei, dass unkompliziert und rasch auf die Spezialisten zugegriffen werden könne.

Polizeibeamtenverband: Forderung ernst nehmen

Auch der Verband Schweizerischer Polizeibeamter lässt durchblicken, dass die Forderung von Adi Achermann ernst zu nehmen ist. «Die innere Sicherheit ist wie eine Kette zu verstehen. Wenn ein Glied schwach ist, gefährdet es die ganze Struktur», sagt Generalsekretär Max Hofmann. «Innere Sicherheit muss mit genügend Mitteln und Effizienz verstanden werden, sonst wird die Kriminalität gewinnen.»

Wo Schwächen gefunden werden, muss laut Hofmann gehandelt werden. Und wenn der Luzerner Polizeikommandant im Bereich Cybercrime Handlungsbedarf ausmache, müsse die Konferenz der kantonalen Polizeikommandanten dies diskutieren und Lösungen finden. Die von Hofmann erwähnte Polizeikommandantenkonferenz will sich auf Anfrage unserer Zeitung nicht äussern. Dies mit Verweis auf Achermanns Einsitz im Vorstand. Dafür nimmt die Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektoren (KKJPD) Stellung; also das Gremium der politischen Vorgesetzten der Kommandanten. Generalsekretär Roger Schneeberger sagt: «Der KKJPD und den Polizeikommandanten ist sehr bewusst, dass zur Bekämpfung der Cyberbedrohungen neue Herangehensweisen nötig sind.» Deshalb sei in den letzten Jahren von Bund und Kantonen viel unternommen worden, um Lösungen zu finden. Als Beispiele nennt Schneeberger die Nationale Cyberstrategie von Bund und Kantonen, das nationale Cyberkompetenzzentrum oder die Arbeiten der KKJPD im Hinblick auf ein gemeinsames Informations- und Datenmanagement für die Schweizer Polizei.

> «Innere Sicherheit muss mit genügend Mitteln und Effizienz verstanden werden, sonst wird die Kriminalität gewinnen.»

Max Hofmann
Verband Polizeibeamter

Der Generalsekretär führt auch das Netzwerk für die Ermittlungsunterstützung in der digitalen Kriminalität, kurz Nedik, an. Ziel ist die Vernetzung von Spezialisten aus den verschiedenen Polizeikorps. Doch genau hier hapert es laut Achermann: «Leider erweist sich diese Kooperation nicht immer als besonders effizient», schrieb er.

Schneeberger entgegnet: «Dass diese Strukturen weiterzuentwickeln sind, ist allen bewusst; das ist in diesem Sinne ‹work in progress›, wobei für alle Partner Gelegenheit bestehen wird, sich mit konstruktiven Inputs zu beteiligen.»

Fallzahlen noch tief, aber stark steigend

Kurzum: Die Verantwortlichen wissen um die Schwächen der heutigen Strukturen, lassen sich aber Zeit. Das hängt wohl auch mit den noch relativ tiefen Fallzahlen aus dem Bereich Cybercrime zusammen.

So zählte die Luzerner Polizei letztes Jahr 806 Betrugsfälle; die meisten stammen von Internetkriminellen. 327 Straftaten wurden betreffend Missbrauch einer EDV-Anlage registriert – 36 Prozent mehr als 2018.

Alexander von Däniken